

Warlords, brach die Guomindang unter der Führung von Marschall Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) die Zusammenarbeit mit Moskau und den chinesischen Kommunisten ab. Anstelle der Sowjetrussen berief der Marschall zahlreiche Deutsche zu Militär- bzw. Zivilberatern nach Nanjing (Nanking), der neuen Hauptstadt Chinas unter der Guomindang-Regierung. Bis 1938 konnte Deutschland, das durch den 1. Weltkrieg sämtliche kolonialen Rechte in China verloren und 1921 als erster wichtiger westlicher Staat mit China unter dem Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils einen Friedensvertrag sowie ein Handelsabkommen unterzeichnet hatte, besonders gute Beziehungen zu China unterhalten. Während der Xiamen-Affäre 1926 infolge der Unterdrückung einer antibritischen Demonstration durch die Engländer mit einem Kanonenboot in der chinesischen Hafenstadt Amoy, während der sino-sowjetischen Krise 1929 infolge der Auseinandersetzungen über die Ostchinesische Eisenbahn in der Mandschurei sowie nach dem Ausbruch des Chinesisch-Japanischen Krieges 1937 erwies Berlin den Chinesen gute Dienste. Erst nach dem Scheitern der deutschen Vermittlung zwischen China und Japan 1938 und der gleichzeitigen Umorientierung der Ostasienpolitik der NS-Regierung auf den einseitig projapanischen Kurs ging der deutsche Einfluß auf die Regierung Jiang Jieshi verloren.

Nach Pearl Harbor im Dezember 1941 wurde China ein Verbündeter der USA und erhielt von diesen intensive Unterstützung gegen Japan. Nach dem Sieg über Japan flammte der chinesische Bürgerkrieg zwischen der Guomindang und den Kommunisten wieder auf. Um einen direkten Konflikt mit der Sowjetunion in China zu vermeiden, versuchte US-General Marshall als Sonderbeauftragter von Präsident Truman, in einer Vermittlungsaktion vom Dezember 1945 bis zum Januar 1947 zwischen den beiden chinesischen Parteien einen Burgfrieden durch die Bildung einer neuen Koalition herbeizuführen. Die Mission scheiterte, und 1949 wurde die Guomindang-Regierung schließlich von den Kommunisten auf die Insel Taiwan vertrieben.

Seit ihrer Gründung in Nanjing hat die Guomindang-Regierung also enge Beziehungen zunächst mit Deutschland und dann mit den USA unterhalten. Deshalb hatte das Symposium seinen thematischen Schwerpunkt auch in diesen Bereichen. Dazu wurden die Beziehungen der Republik China zu

anderen Mächten wie Großbritannien, der Sowjetunion und Japan sowie die kurze Besetzung Nordvietnams durch chinesische Truppen nach der Kapitulation Japans behandelt. Die Teilnehmer an dem Symposium kamen zum großen Teil aus der Bundesrepublik Deutschland, Taiwan und den USA. Neben ihnen waren Wissenschaftler aus England, Frankreich, der Schweiz, Israel, Japan und Indien vertreten. Im Verlauf der Tagung wurden mehrere Themen parallel von chinesischen und nichtchinesischen Wissenschaftlern behandelt, so daß verschiedene Aspekte zur Sprache kommen konnten. Dadurch wurden die Diskussionen stimuliert. Die Beiträge sollen von dem Veranstalter des Symposiums, Prof. Gottfried-Karl Kindermann, Direktor des Seminars für Internationale Politik an der Universität München, als Sammelband veröffentlicht werden.

-ni-

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

OSKAR WEGGEL

## Die Öffnung gegenüber

### Osteuropa - China

#### wünscht sich dort "unabhängige" Partner nach

#### dem Vorbild Rumäniens

#### und Jugoslawiens

\*  
\*

\*\*\*\*\*

#### Gliederung:

1. "Diplomatische Offensive" Chinas in den Ostblockstaaten
2. Die Besuche Hu Yaobangs in den "unabhängigen" Ländern Rumänien und Jugoslawien
  - 2.1. Rumänien: Der "standfeste" Partner
  - 2.2. Jugoslawien: "Modell" und Partner
3. Wiederannäherung an Albanien?
4. Beziehungen zu Polen: China hält zu den "Reformern" um Jaruzelski
5. China und die DDR: Wiederannäherung nach genau 20 Jahren
6. Zusammenfassung

#### 1. "Diplomatische Offensive" Chinas in den Ostblockstaaten

Die chinesische Führung ist seit 1981 dabei, die außenpolitischen "Rückstände" und Versäumnisse nun innerhalb kürzester Zeit "nachzuarbeiten", und veranstaltet deshalb wahre Besucheroffensiven in den verschiedensten Teilen der Welt. Zu erwähnen sind hier die Besuche Deng Xiaopings in Südostasien, den USA und Japan, Zhao Ziyangs in elf Ländern Afrikas (Dezember 1982/Januar 1983) sowie in Neuseeland und Australien (März 1982) - und nun Hu Yaobangs und des stellvertretenden Außenministers Qian Qichen Ende Mai/Anfang Juni (1) in fünf Ostblockstaaten. Qian besuchte die UdSSR, Ungarn, Polen und die DDR, sein Kollege, nämlich der für Osteuropa zuständige Abteilungsleiter im Außenministerium Ma Xusheng, die CSSR und Bulgarien, Planungschef Yao Yilin Jugoslawien und Hu Yaobang Jugoslawien und Rumänien.

Gleichzeitig traf eine Delegation chinesischer Wirtschaftsspezialisten in Ungarn ein, um das so erfolgreiche ungarische Wirtschaftslenkungssystem zu studieren.

Die besten staatlichen und auch Parteibeziehungen unterhält Beijing mit Jugoslawien und Rumänien, wobei Rumänien ununterbrochen als guter "Freund" galt, während das Verhältnis zu Jugoslawien in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Fieberkurve durchlaufen hat, wobei die KP-Beziehungen zunächst abgebrochen und dann erst 1979 beim Besuch Titos wiederaufgenommen worden waren.

Von Jugoslawien und Ungarn übernimmt China auch einige "Modellsplitter", während es von dem dritten guten Freund, nämlich Rumänien, offensichtlich so gut wie nichts lernen kann. Zwischen Beijing und Budapest war 1983 ein Abkommen über den Tourismus unterzeichnet worden - das erste seiner Art in einem Ostblockland, das im Juni einen Nachfolger in Form eines entsprechenden Abkommens zwischen China und Polen fand. Mit Polen auch erhöhte sich der Handelsaustausch zwischen 1982 und 1983 um nicht weniger als 113%; 1983 stellte China den Polen einen langfristigen zinslosen Kaufkredit in Höhe von 20 Mio.\$ zur Verfügung.

Möglicherweise kommt es demnächst auch bald wieder zu Parteibeziehungen mit der ungarischen und vielleicht auch mit der polnischen KP. Die Wiederannäherung an die DDR scheint vor allem für die "Modernisierer" in der chinesischen Führung attraktiv zu sein. Auch gegenüber der CSSR bemüht sich Beijing um eine Verbesserung zunächst einmal der Außenhandelsbeziehungen. Mit Interesse werden "eine Reihe von wirksamen Reformmaßnahmen" beobachtet, durch die die CSSR im Außenhandel ihre langfristige passive Handelsbilanz geändert hat - ein Kurs, der deshalb so wichtig ist, weil ein Drittel des tschechoslowakischen Nationaleinkommens durch den Außenhandel erwirtschaftet wird. Beijing sieht als Ursache für das hohe tschechische Außenhandelsdefizit die Preiserhöhungen der Sowjetunion gegenüber der CSSR, und zwar vor allem für sowjetisches Erdöl. Zwischen 1973 und 1980 seien diese Preise im Handel mit RGW-Staaten um 360% gestiegen, während die Verkaufspreise der tschechoslowakischen Industrieprodukte an die Sowjetunion nur um 50-60% geklettert waren. Verbesserung könne man sich nun

von einer Diversifizierung des Außenhandels erwarten, wobei China nicht nur an einen tschechischen Handel mit dem westlichen Ausland, sondern auch mit sich selbst denkt (2).

Überhaupt fällt auf, daß China, wenn es nach einem Schuldigen für die wirtschaftliche Misere vieler osteuropäischer Staaten sucht, immer wieder auf das RGW (COMECON) zu sprechen kommt. Offensichtlich an die osteuropäischen Adressaten gewandt, schleudert China den Sowjets eine dreifache Anschuldigung ins Gesicht:

- Zum einen macht es ihnen die bereits erwähnte völlig unverhältnismäßige Ölpreissteigerung zum Vorwurf und die damit zusammenhängende "Preisschere" zwischen sowjetischen Rohmaterialien und osteuropäischen Industriegütern sowie Agrarprodukten.

- Sodann beschuldigt China die Sowjetunion, sie wolle die RGW-Mitgliedstaaten dazu zwingen, zuerst einmal ihren Blockverpflichtungen nachzukommen und dann erst mit dem Westen in Beziehungen zu treten, während sie, die UdSSR, nach freiem Belieben mit den "kapitalistischen" Ländern Handel betreibe. Osteuropäische Länder hätten sich zwar bemüht, den Handel mit dem Westen unabhängig von solchen Warnungen zu entwickeln, jedoch sei ihnen nach Deckung des Bedarfs innerhalb des RGW für den Westexport nicht mehr viel übriggeblieben.

- Schließlich habe die Sowjetunion drei "arme Partner", nämlich die Mongolei, Kuba und Vietnam, in das COMECON aufgenommen - und damit die wirtschaftlichen und technischen Ungleichheiten zwischen den RGW-Ländern sowie die finanziellen Lasten der wohlhabenderen COMECON-Staaten verschärft. Vorteile von der Mitgliederstruktur habe am Ende nur die Sowjetunion selbst gehabt (3).

Die Therapien, die China den Staaten im europäischen Vorfeld der Sowjetunion empfehlen kann, liegen damit auf der Hand.

## 2. Die Besuche Hu Yaobangs in den "unabhängigen" Ländern Rumänien und Jugoslawien

### 2.1. Rumänien: Der "standfeste" Partner

Generalsekretär Hu Yaobang stattete vom 5. bis 10. Mai 1983 Rumänien einen offiziellen

"Freundschaftsbesuch" ab. Dies war Hus erster Besuch in Europa in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der KPCh. Hu hatte Rumänien bereits 1953 besucht. Es war von vornherein klar, daß er jeden Angriff auf die Sowjetunion vermeiden würde. Er verzichtete sogar auf seine Lieblingsformel von den sowjetischen Vorherrschaftsambitionen in der kommunistischen Bewegung. Allerdings sprach er sich für die Festigung der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien auf der Basis der Gleichheit aus. Die unabhängige Haltung der rumänischen KP galt ihm als besonders vorbildlich. Ständig war von "chinesisch-rumänischer Freundschaft" sowohl auf Staats- wie auf Partei- und Volksebene die Rede (4). China weiß die "Bremsen"-Funktionen Rumäniens innerhalb des Ostblocks zu schätzen.

Im Anschluß an die Besprechungen mit Partei- und Staatsführern (u.a. dem rumänischen Ministerpräsidenten) absolvierte Hu ein offensichtlich anstrengendes Besichtigungsprogramm, das von der Visite eines Donaukanal-Projekts über Ölbohrstätten und einen Stahlkomplex bishin zu einer Staatsfarm und einem nuklearen Kraftwerk reichte.

Hu habe während seiner Reise, hieß es zusammenfassend in der "Volkszeitung" (5), "fruchtbare Gespräche" über die Beziehungen der beiden Parteien sowie der beiden Staaten geführt. Der konkrete Inhalt dieser Besprechungen wurde allerdings nicht bekanntgegeben. Detailfragen scheinen keine Rolle gespielt zu haben - dies ist nicht eine Aufgabe von "Generalisten". Im gemeinsamen Kommuniqué vom 10. Mai hieß es lediglich, daß beide Parteien der "allseitigen Kooperation im politischen, ökonomischen, technisch-wissenschaftlichen und kulturellen Bereich sowie in anderen Tätigkeitsbereichen immer breitere Dimensionen und einen immer reicheren Inhalt verleihen wollen, und zwar aufgrund der Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus, der völligen Gleichheit, der Achtung der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils sowie der kameradschaftlichen Hilfeleistung". Ohnehin wird zwischen beiden Staaten jährlich ein Warenaustausch- und Zahlungsabkommen geschlossen. Die Warenstruktur sieht vor, daß China den Rumänen Koks, Buntmetall, leicht- und textilindustrielle Erzeugnisse, Chemikalien und Werkzeugmaschinen liefert, während Rumänien umgekehrt den

Chinesen Walzstahl, Chemikalien, Maschinen und Anlagen verkauft (6).

An Besuchen hatten die Chinesen einigen Nachholbedarf. Ceaucescu hatte der Volksrepublik China im April 1982 bereits zum vierten Mal seit 1964 eine Visite abgestattet. Als Gegenbesuch war zuletzt Hua Guofeng in seiner Eigenschaft als Regierungschef und Parteivorsitzender nach Rumänien gekommen (1978). (Dazu Weggel, "Der überschätzte Balkan- und Iran-Besuch Hua Guofengs", C.a., September 1978, S.570 ff., betr. Rumänien, Jugoslawien)

Obwohl Rumänien eine Wirtschaftspolitik durchführt, die wegen ihres stalinistischen Gepräges dem Geschmack der chinesischen Reformer nur wenig gefallen kann, und obwohl Rumänien nicht gerade ermutigende wirtschaftliche Bilanzen aufzuweisen hat, unterläßt Beijing doch nichts, den "alten Freund" Ceaucescu zu feiern. So wurden etwa im Januar 1982 drei Bände der "Ausgewählten Werke Ceaucescus" auf chinesisch herausgebracht (7) - eine Geste, die der "Conducator" den Chinesen ganz gewiß hoch anrechnet.

## 2.2.

### Jugoslawien: "Modell" und Partner

(10.-15.Mai 1983)

Seit der greise Partei- und Staatschef Tito i.J. 1977 der VR China einen offiziellen Besuch abgestattet und damit eine Periode der gegenseitigen Feindschaft und Mißverständnisse zum Abschluß gebracht hatte, haben sich die bilateralen Beziehungen zwischen China und Jugoslawien laufend verbessert. U.a. besuchte Hua Guofeng 1978 und dann wieder (anlässlich des Todes von Tito) i.J. 1980 Jugoslawien.

Die Parteibeziehungen, die damals wiederaufgenommen worden waren, beruhen auf den "vier Prinzipien" Chinas, nämlich Unabhängigkeit und Selbständigkeit, vollständige Gleichberechtigung, gegenseitiger Respekt und gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Wirtschaftliche Fragen brauchten von Hu nicht behandelt zu werden, da hierüber bereits im März 1983 zwischen beiden Regierungen verhandelt worden war. Am 17.März war in Beijing anlässlich der 3.Tagung des Jugoslawisch-Chinesischen Komitees für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit ein Protokoll unterzeichnet worden, das gemeinsame Investitionen im

Bereich der chinesischen Kohlenverkokung sowie der NE-Metallverarbeitung und eine Zusammenarbeit im Bereich des Schiffbaus vorsieht. Auch finanziell sollen beide Staaten zusammenarbeiten. U.a. wurde auch vereinbart, daß der beiderseitige Handel, der 1982 auf 50 Mio.\$ gesunken war, in Zukunft wieder ansteigen solle (8). Um dieser Zusammenarbeit weiteren Auftrieb zu geben, gab Hu Yaobang während seines Jugoslawien-Besuchs bekannt, daß China dem Gastgeberland einen Kredit von 120 Mio.US\$ zur Verfügung stelle (geplanter Anstieg des Handels auf 1,2 Mrd.\$ i.J. 1984).

Seit zwei Jahren stellen die Chinesen eine Stabilisierung der jugoslawischen Wirtschaft fest. Vor allem habe Jugoslawien die Ursachen der Instabilität seiner Wirtschaft beseitigt, die hauptsächlich in einem "Ungleichgewicht zwischen Grund- und verarbeitender Industrie", in überzogenem Investbau und in einer zu großzügigen Verteilungspolitik bestanden hätten. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens habe inzwischen die richtigen Konsequenzen aus diesen Fehlern gezogen und zum einen das Entwicklungstempo im Fünfjahresplan 1981/85 gesenkt, die Investitionen reduziert, die Grundindustrie, vor allem die Kohle- und Erdölproduktion, verstärkt und u.a. auch das Außenhandelsdefizit abgebaut. Ferner habe man mit Erfolg die Inflation bekämpft und die administrativen Ausgaben abgebaut (9). Bis Anfang Dezember 1982 habe Jugoslawien fristgerecht etwa 5 Mrd.US\$ Auslandsschulden - m.a.W. also ein Viertel der Auslandsschulden in der Gesamthöhe von 20 Mrd.US\$ - zurückgezahlt (10).

Die Hoffnungen Chinas auf eine Erhöhung des bilateralen Handelsaustausches sind also - so gesehen - nicht auf Sand gebaut. Auch sonst ist es schon zu beachtlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit gekommen. Im März 1981 beispielsweise hatten beide Staaten vereinbart, gemeinsam bei der Herstellung von Kraftfahrzeugen zusammenzuarbeiten. Hierbei wurde die Maschinenbaufabrik von Chongqing und die Tomos-Fabrik in Jugoslawien mit der Durchführung beauftragt (11). Am 4.Januar 1982 kam es zum Abschluß von zwei Verträgen über den Austausch von Landwirtschaftsmaschinen und -produkten (12). Alle zwei Jahre wird ferner ein Protokoll über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet, so für 1981/82 und 1983/84.

Am 20.Juni 1981 war darüber hinaus ein Kulturabkommen mit dreijähriger Laufzeit unterzeichnet worden. Nach dem Vertrag arbeiten mehrere Hochschulen sowie wissenschaftliche Einrichtungen beider Länder zusammen. Auch sollen Professoren, wissenschaftliche Experten und jährlich zwanzig Studenten ausgetauscht werden (13). Am 30.März 1981 kam es zur Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich des Rundfunk- und Fernsehwesens (14).

Zwischen mehreren Städten, so u.a. zwischen Tianjin und Sarajevo wurden Partnerschaften begründet (15).

Daneben fand ein dichter Besucheraustausch zwischen beiden Ländern statt, besonders wichtig die Visiten einer jugoslawischen Parteidelegation im November 1981 (16), zahlreicher Regierungsdelegationen und von Delegationen der jugoslawischen Bundesversammlung (17).

Jedes Jahr auch wird der jugoslawische Armeetag in Beijing gefeiert (18).

Vor allem im Rahmen der KP-Beziehungen wurde immer wieder betont, daß es zwischen beiden Ländern keine politischen Probleme gebe. Leitprinzip bleibe lediglich, "daß wir uns gegenseitig respektieren und voneinander lernen" (19). Auch bei seinem Belgrad-Besuch hob Hu Yaobang erneut hervor, daß China von den "jugoslawischen Erfahrungen" lernen wolle (20). Fragt man die Chinesen, was sie am jugoslawischen Modell besonders interessiert, so weisen sie immer wieder auf den von Tito begründeten Grundsatz der "sozialistischen Autonomie" hin (21). Hier könnte das China der Reformen in der Tat einiges übernehmen.

Das sog. jugoslawische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell hat seit 1945 mehrere Entwicklungsphasen durchgemacht, deren erste noch ganz stalinistisch geprägt war, insofern nämlich die Planung, wie später übrigens zwischen 1953 und 1957 auch in der Volksrepublik, ausschließlich in den Händen zentraler Behörden lag. Zwischen 1951 und 1953 gingen die Jugoslawen dann von der administrativ-zentralen Wirtschaftsleitung dazu über, den einzelnen Unternehmen Entscheidungsfreiheiten bei der Gestaltung der Produktion zu gewähren. Für Massenverbrauchsgüter und Dienstleistungen wurde sogar die freie Preisbildung zugelassen. Dieser Autonomisierungsgedanke

zog von nun an immer weitere Kreise. U.a. wurde die Umsatzsteuer (anstelle reiner Betriebsgewinnabgaben) eingeführt. Damit wurden die Betriebsleitungen um ein weiteres Stück in ihrer Autonomie vorwärts gebracht. Das durchschnittliche Unternehmen konnte von jetzt an über mehr als 70% seines Einkommens selbständig verfügen. Dadurch war eine materielle Grundlage geschaffen, die die Unternehmen und Banken in die Lage versetzte, nach eigenem Gutdünken über die Struktur und Wirtschaftlichkeit der Anlagen sowie über die Entwicklung der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit zu entscheiden. Abschaffung des planerischen Rigorismus, Teilautonomisierung der Betriebe, Entfaltung des Kontraktsystems, Stärkung des Kontrollrechts der Banken, Einführung von Krediten anstelle von Subventionen und Mitsprache der Betriebsangehörigen bei der Einsetzung des Betriebsmanagements - dies sind einzelne Erfahrungen, die auch für China anregend wirken mußten.

Unter den sechs Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung und "Demokratisierung", die im China des Jahres 1980 beschlossen wurden (22), wurde denn auch an vierter Stelle die Autonomie/Teilautonomie der Betriebe genannt. Auch die fünfte Maßnahme, nämlich Wahl und Absetzbarkeit von führenden Kadern durch Beschlüsse der Basis, dürfte auf jugoslawische Vorstellungen zurückgehen.

Wo China schon so viele jugoslawische Elemente in seinen neuen Reformkurs eingebaut hat, sieht es sich neuerdings veranlaßt, auch die wirtschaftlichen Erfolge der Jugoslawen ins rechte Licht zu rücken: Man ahmt eben nicht gern ein erfolgloses Modell nach!

Einige Verbesserungsmaßnahmen, die China für beifallswürdig hält, sind in der Volksrepublik fast parallel zu Jugoslawien durchgeführt worden, so z.B. die Priorität der Erneuerung alter Betriebe anstelle des Aufbaus kostspieliger neuer Betriebe, ferner die erhöhte Verantwortlichkeit von Unternehmen für ihre Verluste, des weiteren das Bemühen um Verringerung der Verwaltungskosten, die Steigerung des Tourismus als Devisenbringer, die Verringerung der Auslandsschulden durch höhere Rückzahlungen, die Betonung verstärkter Zusammenarbeit zwischen den Betrieben, ja zur Schaffung von Zusammenschlüssen (inzwischen lägen beispielsweise 183 Abkommen verschiedener Betriebe über gemeinsame Investitionen vor), ferner

eine Rückenstärkung für die Landwirtschaft, eine erhöhte Produktion für den Export und nicht zuletzt eine Ausbügung der Rückstände im Energie- und Infrastrukturbereich (23). Ganze Passagen klingen hier, als wären sie aus dem neuen Fünfjahresplan der VR China herausgeschnitten!

Was China von Jugoslawien lernen kann, wird nicht nur vom offiziellen Beijing, sondern auch vom nachdenklichen "Untergrund" reflektiert. Einer davon, Wang Xi-zhe (bekannt durch seine Zugehörigkeit zur Gruppe LiYiZhe), ging in einem Aufsatz vom Juli 1979 in der schon bald wieder verbotenen Zeitschrift "Stimme des Volkes" mit einer gewissen Bewunderung auf die Praxis Jugoslawiens ein: Die jugoslawischen Genossen hätten der Gefahr der Bürokratisierung der Kommunistischen Partei große Aufmerksamkeit geschenkt. Sie hätten erkannt, daß immer dann, wenn die Arbeiter nicht direkt an der Entscheidung über die Produktionsweise beteiligt seien, Entfremdungsphänomene auftraten. Auf der Basis dieser Erkenntnis hätten die jugoslawischen Genossen in der Praxis drei offenkundige Besonderheiten entwickelt, nämlich

- die Verwaltung des ökonomischen Bereichs durch die Werk-tätigen,
- die Selbstverwaltung des politischen Bereichs durch die Werk-tätigen,
- die Relativierung der KP-Führung in dem Sinn, daß die Kommunisten die administrative Leitung (z.B. eines Betriebs) nicht direkt, sondern nur indirekt ausübten, indem sie nämlich lediglich die politisch ideelle Leitung übernehmen.

Die Jugoslawen hätten nicht immer nur von der Fortschrittlichkeit der "sozialistischen Demokratie" "geschwätzt", sondern seien zur Tat übergegangen. Sozialistische Demokratie könne ja nicht von außen durch irgendein Gesetz in die Gesellschaft hineingetragen werden, sondern nur von der Basis her - aufgrund neuer ökonomischer Beziehungen - organisch wachsen. Wenn die Kommunisten sich auf die politisch-ideelle Leitung beschränkten und keine direkte administrative Leitungsgewalt beanspruchten, so sei dies eine weitere Garantie dafür, daß die Partei nicht verbürokratisiere. Selbstverwaltung in Wirtschaft und Politik sowie Beschränkung der KP auf indirekte Steuerung - dies also sind nach Ansicht Wangs die drei wesentlichen Elemente der "grundlegenden Theorie und Praxis Jugoslawiens".

Im Anschluß an diese Ausführungen versucht Wang dann die hier gewonnenen Kriterien auf China anzuwenden und konstatiert im Verlauf seiner Untersuchung die "Gefahr der Verbürokratisierung" der KPCh (24).

Solche Vorhaltungen läßt sich die KPCh nicht gern in aller Öffentlichkeit machen. Wang wurde bekanntlich für Jahre hinter Schloß und Riegel gebracht. Unabhängig davon will die KPCh aber weiterhin die jugoslawische Praxis im Auge behalten. U.a. besuchte Hu Yaobang während seines Aufenthalts zahlreiche jugoslawische Betriebe und Sozialeinrichtungen.

Zwei weitere Themen gehören mit zum Bestandteil jedes chinesisch-jugoslawischen Treffens, nämlich die Blockfreien-Bewegung und die Albanien-Frage.

Was den ersteren Punkt angeht, so wird China nicht müde, den "Mitgründer" der Blockfreien-Bewegung, Jugoslawien, immer wieder aufzufordern, sich noch weiter um die Einheit dieser weltumspannenden Bewegung zu bemühen und "den Geist Titos aufrechtzuerhalten". Hier gibt es keine Zweifel und keine Meinungsverschiedenheiten.

Anders bei der Albanien-Frage: Die Annäherung Chinas an Albanien seit 1977 hat das jahrzehntelange so enge Verhältnis zwischen China und Albanien gesprengt - ja anstelle der ursprünglichen Freundschaft tiefen Groll treten lassen.

### 3. Wiederannäherung an Albanien?

Zum ersten Mal seit dem sino-albanischen Bruch i.J. 1978 (25) besuchte eine Gruppe chinesischer Wirtschaftsexperten Anfang April 1983 Tirana - offensichtlich ein Versuch Chinas, seine Beziehungen mit Albanien auf lange Sicht wiederzubeleben. Fünf Jahre lang hatte China die teilweise massiven Propagandaangriffe Albaniers einfach ignoriert und ging sogar schweigend über den mysteriösen Tod Mehmet Shehus sowie anderer ehemals so chinafreundlicher Elemente in der Partei hinweg. Am 19. April hob ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums hervor, daß China auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz "Staat-Staat-Beziehungen" mit Albanien wünsche (26) - von Parteibeziehungen ist also hier keine Rede! Auch Handelsbeziehungen wolle man wieder mit Albanien aufnehmen (27). U.a. soll die Außenhandelsdelegation auch über die Vollendung von

23 Industrieprojekten sprechen, die beim Abbruch der sino-albanischen Beziehungen im Juli 1978 unvollendet zurückgelassen worden waren. Es wird betont, daß politische Differenzen kein Hindernis für die Wiederbelebung ökonomischer Kontakte seien.

Möglicherweise steht die Wiederannäherung an Albanien im Zusammenhang mit den Bemühungen der beiden Supermächte, in diesem innerhalb der empfindlichen Ostflanke der NATO gelegenen Balkanland wieder verstärkt Einfluß zu gewinnen. Die Amerikaner, die mit Albanien keine offiziellen Beziehungen unterhalten, boten nach 1973 und 1980 zum ersten Mal 1983 wieder eine Normalisierung der Beziehungen an - eine Offerte, die angesichts der Wirtschaftsmisere Albaniens gewiß nicht ohne Attraktivität ist.

Auch muß man damit rechnen, daß nach dem politischen Abgang des heute 74jährigen Enver Hoxha Änderungen eintreten, auf die man schon jetzt gern Einfluß nehmen möchte. China ist hier vielleicht nicht ohne Chancen. Immerhin hatte dieses Land, als 1978 die damals 23jährige Geschichte enger Beziehungen abgebrochen wurde, dem Balkanland Entwicklungshilfe in Höhe von ungefähr 5 Mrd. US\$ geleistet. Außerdem hatten 6.000 chinesische Ingenieure, Techniker und Berater das Land mitaufgebaut; rund 2.000 Albaner waren überdies in China ausgebildet worden. Sollte dies alles auf immer und ewig vergessen sein? Ohne Zweifel hofft man in Beijing, daß unter den Tausenden von Albanern, mit denen einst auch freundliche persönliche Kontakte bestanden hatten, der eine oder andere in der Führung nach Hoxha ein Wort mitzureden habe. Mit diesem Kapital gilt es zu wuchern. Der Besuch der Wirtschaftsdelegation dürfte ein erster Schritt auf einem langen Marsch in dieser Richtung sein. Politisch ist das Gelände noch nicht wieder begehbar. Man nähert sich also auf einem eher unverdächtigen Terrain, nämlich im Bereich beiderseitiger Wirtschaftsbeziehungen. Immerhin hatte Albanien bis 1978 rund ein Drittel seines Außenhandels mit China abgewickelt und von Beijing jährlich Wirtschafts- und Militärhilfe bekommen. Im neuen Fünfjahresplan (1981-85) mußte das Land - nach dem Abbruch dieser so nützlichen Beziehungen - die Zuwachsraten gewaltig zurücknehmen. Konnten für den Zeitraum 1976-80 noch 40%ige Wachstumsraten eingeplant werden, so sind es für 1981-85 nur noch 35%. Die Industrieproduktion soll nur noch

um 36% (gegenüber 44% im vorigen Plan) wachsen und die Landwirtschaft nur noch um 33% gegenüber den früheren 40%. Hier also könnte eine "Auffrischung" der alten, so profitablen Beziehungen höchst interessant sein. Es fragt sich nur, ob die Führung unter Hoxha über ihren ideologischen Schatten springen kann.

Auf die sino-albanischen Beziehungen angesprochen, sprach Hu Yaobang sein Bedauern über die Verschlechterung in den letzten Jahren aus (28).

Einstweilen freilich scheint Hoxha über den Jugoslawien-Besuch Hus höchst verärgert zu sein, zumal die Beziehungen Albaniens zu Jugoslawien seit den blutigen Unruhen im Kossowo zusätzlich belastet wurden. Obwohl Hu Yaobang auf die Frage der Zugehörigkeit des Kossowo mit keinem Wort eingegangen ist - wie sollte er eine solche Unklugheit auch begehen!? - zeigt sein Jugoslawien-Besuch aus der Sicht der Albaner doch, daß er sich insgeheim mit dem jugoslawischen Standpunkt solidarisiert. Nicht zuletzt aus diesem Grunde richtete Enver Hoxha - offensichtlich im Zusammenhang mit dem Jugoslawien-Besuch Hus - bei einer Audienz für den Botschafter Vietnams scharfe Angriffe gegen China und verurteilte die "bewaffneten Provokationen der chinesischen Sozialimperialisten gegen Vietnam"; gleichzeitig sicherte er Hanoi jene moralische Unterstützung zu, die Tirana schon Nordvietnam im Kampfe gegen die Amerikaner bezeugt habe. China verfolge, so heißt es, nicht nur gegen Vietnam eine feindselige Politik, sondern kollaboriere mit allen Händlern der Welt, welche die Völker versklaven wollten (29). Dies ist starker Tobak; die Chinesen wissen nun, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen - zumindest nicht, solange Hoxha in Albanien das Sagen hat. Die vietnamesische Führung war von den Ausführungen Hoxhas so begeistert, daß Ministerpräsident Pham Van Dong den albanischen Botschafter ostentativ zu sich bat und sich für die Stellungnahme Hoxhas bedankte.

#### 4.

#### **Beziehungen zu Polen: China hält zu den "Reformern" um Jaruzelski**

Spätestens seit 1981 war es kein Geheimnis mehr, daß die "Reformer" um General Jaruzelski zu den Lieblingsfiguren der Chinesen auf der politischen Bühne gehören. Beijing glaubte schon Anfang 1981 in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zwei Fraktionen ausmachen zu können, nämlich die

Fraktion der Reformer mit Kania und Jaruzelski, die von der Sowjetunion als "Revisionisten" und "Opportunisten" beschimpft, und die reformfeindlichen Kräfte, die von der Sowjetunion als "gesunde Kräfte" bezeichnet würden. Auch nach der Verhängung des Ausnahmezustands über Polen vom 13. Dezember 1981 wollte die chinesische Propaganda von dieser Perzeption nicht ablassen und suchte daher nach allen Reformansätzen, die vielleicht noch übriggeblieben waren. Auch war für China die Frage relevant, inwieweit es der Militärregierung gelingen werde, die Sowjetunion daran zu hindern, "ihre Nase in die polnischen Angelegenheiten zu stecken" (30).

Vielleicht war es die "Anstekungsangst gegenüber dem polnischen Bazillus", die die Chinesen veranlaßte, nicht der "Solidarität" unter Lech Walesa ihre Sympathie zu schenken, sondern den Kräften um Jaruzelski. Beide Spektren sind letztlich antisowjetisch eingefärbt, doch wirkt Jaruzelski weniger umstürzlerisch (Näheres dazu C.a., Dezember 1981, Ü 3 mit zahlreichen Nachweisen).

Kein Wunder, daß China versuchte, mit dem Jaruzelski-Regime positive Beziehungen zu entwickeln. Schon im November 1981 beispielsweise wurde ein Protokoll über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit für 1982 unterzeichnet (31). Sowohl nach "sechs Monaten" als auch nach "einem Jahr Ausnahmezustand" bescheinigte China der Jaruzelski-Regierung zahlreiche "Fortschritte", wengleich noch einige "Widersprüche und Antagonismen" verblieben seien und die Wirtschaftslage leider nicht zum besten stehe (32). Das Kriegerrecht sei verhängt worden, um zwei Ziele zu erreichen, nämlich die Stabilität im Land wiederherzustellen und die Wirtschaft aus der Krise herauszuführen. Beides sei der polnischen Regierung zwölf Monate nach der Verhängung des Ausnahmezustandes zum Teil gelungen. Lech Walesa habe zwar Vereinbarungen mit der Regierung abgelehnt; doch sei es dann mit Hilfe eines neuen Gewerkschaftsgesetzes vom 8. Oktober 1982 gelungen, neue Gewerkschaften zu gründen und damit die "Situation unter Kontrolle zu bringen" (sic!) (33). Auch habe das Land i.J. 1982 eine befriedigende Ernte erzielt. In Polen sei es zwar immer noch düster, doch sehe man bereits Licht am Ende des Tunnels (34). Nach einer Meldung der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo vom Januar 1982 ist von

der Propaganda-Abteilung der chinesischen KP ein Dokument ausgearbeitet worden, das unter mittleren und höheren Mitgliedern der Parteihierarchie zirkulierte. Es fordert die Verantwortlichen auf, "Lehren" aus der Lage in Polen zu ziehen und die "Ursachen der polnischen Krise" zu analysieren. Für die derzeitige Situation in Polen werde die "korrupte und starre Bürokratie der polnischen Arbeiterpartei, politische Fehler der Regierung und die Einmischung des internationalen Imperialismus" verantwortlich gemacht. In dem Dokument werde "Verständnis" für die von General Jaruzelski angeführte Militärregierung geäußert. China werde sich in die polnischen Probleme auch in Zukunft nicht einmischen, sei gegen jegliches Eingreifen von außen und hoffe auf eine friedliche Lösung der polnischen Krise. Zudem werde es seine Wirtschaftshilfe fortsetzen (35).

Am 25. März 1983 unterzeichnete China in der Tat zwei Abkommen, die angesichts der schwierigen polnischen Situation höchst nützlich sind. U.a. versprach Beijing den Polen einen zinslosen Kredit in Höhe von 40 Mio. Sfr., der zum Kauf chinesischer Lebensmittel, Textilprodukte, Schuhe und Autoreifen bestimmt ist. Außerdem wird China über 10.000 t Schweinefleisch an Polen liefern (36). Schließlich wurde bei der Unterzeichnungszereemonie über Möglichkeiten eines erhöhten beiderseitigen Handelsaustausches für 1983 verhandelt. Schon vorher hatte sich die polnische Regierung positiv über eine Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zu China geäußert (37).

Am 12. Juni 1983 wurde überdies ein Vertrag zwischen beiden Ländern über den gegenseitigen Tourismus geschlossen. Ziel des Abkommens sei die Vertiefung der freundschaftlichen Bande und des Verständnisses zwischen beiden Staaten. Beide nationalen Reisegesellschaften würden für die Unterbringung und Versorgung der Touristen aus dem jeweils anderen Staat sorgen. Dies ist zwar keineswegs ein "Großer Sprung" in den sino-polnischen Beziehungen, wohl aber ein weiterer Schritt, der den Willen Beijings bezeugt, den Unabhängigkeitskurs eines osteuropäischen Staates zu stärken. Die Unterzeichnung wurde von dem stellvertretenden Außenminister Qian Qichen vorgenommen. Offiziell tauchten bei der Visite zwar keine antisowjetischen Äußerungen auf, doch unterläßt die chinesische Propaganda nichts, um die Einmischung anderer Staaten in die polnischen An-

gelegenheiten zu mißbilligen (38).

Insgesamt hat China mit Polen allein im ersten Halbjahr 1983 nicht weniger als 9 Abkommen geschlossen; 1977 waren es demgegenüber nur 2, 1978: 4, 1979: 2, 1980: 2, 1981: 3 und 1982: 2! (39)

China hofft, daß Polen bald den ungarischen Weg geht - also die Marktwirtschaft in den Sozialismus einführt. In Polen sind ähnliche Reformen vorgesehen: Wichtig ist hierbei schnelle Hilfe, das bedeutet mehr Technisierung der Landwirtschaft, mehr Traktoren, Düngemittel, Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Industrie usw. Gäbe es eine russische Intervention, gingen viele Hoffnungen verloren. Zwischen Scylla und Charybdis ist also ein Mittelweg zu finden. Dies weiß auch China. Daher seine Unterstützung der polnischen "Reformer". "Die polnische Nationalversammlung billigt den Entwurf über ökonomische Reformen" (40) und "polnisches Kriegsrecht ein weiteres Stück gelockert" (41) - dies sind zentrale Schlagzeilen, die die Richtung der chinesischen Wünsche andeuten.

Wie wird heute die Rolle der "Solidarität" in China eingeschätzt? Dazu liegt jetzt ein ausgewogener Artikel von Chen Xueyan in der Beijinger Zeitschrift "Liaowang" vor (42). Geschildert wird hier zunächst der Hintergrund: Mächtige Preissprünge am 1. Juli 1980 lösen in den Ursus-Traktorwerken in Danzig Unruhen aus und führen zur Errichtung eines zwischen mehreren Fabriken bestehenden "Streikkomitees", das neben anderen Forderungen auch die Zulassung einer unabhängigen Gewerkschaft "Solidarität" fordert. Dies war der äußere Anlaß. Der tiefere Grund für die Krise sei eine schwere Verschuldung des polnischen Staates gewesen, vor allem gegenüber der Sowjetunion, die sich in Versorgungsengpässen und einer Unfähigkeit zur Modernisierung niederschlugen. Ein weiterer Anlaß sei die überzentralisierte, unfähige und z.T. korrupte Führung gewesen, die Partei- und Regierungsangelegenheiten miteinander vermengt habe. Außerdem hätten die Polen, von denen 90% dem Katholizismus angehörten, tiefes Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion empfunden.

Angesichts dieser Voraussetzungen habe sich die "Solidarität" "am Anfang" auf eine ansehnliche Massenbasis von 10-13 Millionen Arbeitern stützen können. Später jedoch habe sie wieder viele Sym-

pathien verloren, da sie überzogene Forderungen erhoben, Studenten zum Streik aufgerufen und überhaupt der Ungehorsam zu einer Bürgertugend erhoben habe. Zahlreiche ungezügelter Streiks hätten die Wirtschaft z.T. lahmgelegt, gesellschaftliche Unruhe aufkommen lassen und die polnische Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. "Konfrontiert mit dieser aggressiven Haltung der 'Solidarität' nahmen die polnische Behörden, denen nur noch ein schmaler Manövrierraum geblieben war, eine schärfere Haltung an." Im Oktober 1980 sei Kania durch Jaruzelski ersetzt worden, der am 13. Dezember das Kriegsrecht ausrief und so die "Solidarität" in den Untergrund drängte, wo sie ihren Kampf gegen die Regierung und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei fortsetzte. Zwei Gründe hätten den Untergang der "Solidarität" verursacht, nämlich die scharfen Maßnahmen der Regierung, des weiteren aber auch der Wunsch des Volkes nach Stabilität. Die "Massen" seien der "pausenlosen Streiks und Unruhen allmählich müde geworden" und hätten sich "gegenüber der 'Solidarität' skeptisch und enttäuscht gezeigt". Die "Führer" der "Solidarität" seien "am Ende nur noch auf Unruhestiften ausgewesen" - weshalb die "Solidarität" zu einem "schwachen Riesen" wurde. Ein dritter Grund aber war die innere Zerrissenheit der "Solidarität", die sich nicht weniger als drei Ratgebergremien in ihrem Hauptquartier geleistet habe: Eines sei von einigen katholischen Kardinälen, ein anderes von einem katholischen Intellektuellenkreis und ein drittes von Jacek Kuron gebildet worden. Ein Gremium habe graduelles Vorgehen, das andere radikales Durchgreifen gefordert: Man sieht, der chinesische Kommentator hat für pluralistische Ansätze innerhalb einer Organisation wenig Verständnis!

Ein vierter Grund schließlich sei durch sowjetischen Druck (militärische Drohungen) und "westliche Einmischungen" (die USA hätten die "Solidarität" als "Trojanisches Pferd" in Osteuropa benutzen wollen und hätten damit am Ende nur einen gegenteiligen Effekt erreicht) gesetzt worden.

Am Ende habe die polnische Regierung unter Jaruzelski die Oberhand behalten und am 31. Dezember 1982 - nach einem Jahr und 18 Tagen - den Ausnahmezustand wieder aufheben können. Hauptproblem in Polen sei heute die Wirtschaft. Jede Kraft, die den Aufbauprozess stört, ist nach Meinung des chinesischen Kom-

mentators von Übel - letztlich also auch die "Solidarität".

Die Botschaft ist klar: Chinas Sympathie gehört den "Reformern" um Jaruzelski!

##### 5.

#### **China und die DDR: Wiederannäherung nach genau 20 Jahren**

Die chinesische Politik gegenüber den beiden deutschen Staaten ist bis in die jüngste Zeit hinein spiegelbildlich verlaufen: Waren die Jahre 1949 bis 1963 ein dunkles Kapitel zwischen China und der Bundesrepublik, hellten sich zwischen 1964 und 1971 dann die Beziehungen auf, um schließlich seit 1972 (Botschafteraustausch zwischen Bonn und Beijing) zur vollen Entfaltung zu kommen, so verhielt es sich im China-DDR-Verhältnis gerade umgekehrt. Zwischen 1949 und 1963 kam es zum Abschluß zahlreicher Kooperationsverträge und zu zwei wichtigen gegenseitigen Staatsbesuchen (im Juli 1954 besuchte Zhou Enlai die DDR und im Dezember 1955 der damalige Ministerpräsident Grotewohl die VR China). Die DDR galt zu dieser Zeit aus chinesischer Sicht als der legitime Vertreter des deutschen Volkes.

Die Beziehungen begannen sich jedoch mit der Verschärfung des sino-sowjetischen Konflikts schnell zu verschlechtern, um dann beim VI. Parteitag der SED im Januar 1963 einen ersten offenen Bruch zu erreichen. Damals verurteilte SED-Chef Ulbricht nachträglich die "chinesische Aggression" gegen Indien. Von da an begann die gegenseitige Propaganda eine Zeitlang hohe Wellen zu schlagen. Mit dem Beginn der zweiten chinesisch-sowjetischen Eiszeit (1968/69) läßt sich dann aber eine Tendenz zur "Beruhigung" feststellen: China machte von nun an für alle Übel innerhalb und außerhalb des Ostblocks nur noch die Sowjetunion verantwortlich. Selbst wenn die anderen Ostblockstaaten sowjetische Verlautbarungen Wort für Wort wiederholten, wurden sie deshalb von China nicht zur Rechenschaft gezogen. Es war ihnen ja - so die vermutliche Einstellung der Beijinger Führung - nichts anderes übriggeblieben, als der Führungsmacht Lippendienste zu leisten. Als i.J. 1972 gar diplomatische Beziehungen zwischen Beijing und Bonn zustande kamen, rückte die Bundesrepublik in sämtlichen Belangen so sehr in den Vordergrund des chinesischen Interesses, daß die DDR fast ganz aus dem chinesischen Blickfeld verschwand.

Erst in allerneuester Zeit beginnt sie für China wieder Konturen anzunehmen und als Gesprächspartner interessant zu werden. Im Mai 1982 wechselten die DDR und China gleichzeitig ihre Botschafter aus. Chen Tong hatte China in Ostberlin seit 1978, Helmut Liebermann die DDR in Beijing seit Januar 1976 vertreten. Der neue Botschafter der DDR, Rolf Berthold, gilt als einer der besten China-Kenner Ostberlins. U.a. hatte er sich bereits als Austauschstudent in den fünfziger Jahren in China aufgehalten. Seit 1977 war Berthold im DDR-Außenministerium Leiter der Abteilung Ferner Osten.

Aus der Ernennung Bertholds sowie aus anderen China-freundlichen Äußerungen der DDR-Führung ließ sich der Wunsch Ostberlins ablesen, mit der VR China nach Jahren des Mißverständnisses wieder bessere Beziehungen aufzunehmen - und zwar auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Der chinesischen Führung konnten solche Zeichen nur recht sein.

- Im September 1982 entsandte sie eine Delegation des Ministeriums für Wirtschaft und Handel in die DDR (43).

- Am 6. Oktober 1982 gratulierte der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK der DDR-Führung aus Anlaß des 33. Gründungstages der DDR. Außerdem gab die Gesellschaft des chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland am 6. Oktober in Beijing einen Cocktailempfang für Mitglieder der DDR-Botschaft (44).

- Am 26. November 1982 meldete Xinhua, daß das Politbüromitglied Hermann Axen beim 5. Plenum des X. Parteitags in Ostberlin den Wunsch der DDR zum Ausdruck gebracht habe, die Beziehungen zu China zu normalisieren. Der Zusammenhang war klar: Die DDR wollte die sino-sowjetischen Verhandlungen dazu benutzen, auch ihre eigenen Interessen in Zukunft wieder stärker in den Vordergrund zu stellen - und sie fand dafür bei den chinesischen Adressaten Verständnis.

- Mit einem Mal brach sogar eine Art "DDR-Euphorie" in der chinesischen Presse aus, wie man sie seit langem nicht mehr erlebt hatte. Während die Situation der westdeutschen Wirtschaft nach wie vor - und zwar anhand der üblichen "Kapitalismus"-Beurteilung - in düsterem Licht dargestellt wird, beginnen sich die wirtschaftlichen Perspektiven der DDR

aus chinesischer Sicht zunehmend aufzuhellen. Die "ökonomische Strategie für die achtziger Jahre", wie sie vom X. Parteitag der SED im April 1981 formuliert wurde, beginnt nach chinesischer Meinung zu greifen, vor allem was die Lösung des Energie- und Rohstoffmangels anbelangt: Zwar sei das produktive Nationaleinkommen 1982 nur um 3% (gegenüber geplanten 4,8%) gewachsen; doch seien bei der Senkung von Energie- und Materialverbrauch und bei der Verwendung von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen (wie dem Robotereinsatz und der Automatisierung der Arbeitsgänge) Fortschritte erzielt worden (45). Freilich habe die DDR auch allen Anlaß, sich um eine wirksamere Strategie zu bemühen; sei sie doch 1982 im Ausland mit rund 12 Mrd. US\$ verschuldet gewesen (46). Unter dem Eindruck der weltweiten Rezession habe sich die DDR-Regierung außerdem gezwungen gesehen, ihre Wachstumsrate gegenüber 1982 nach unten zu korrigieren (47).

- Seit März 1983 studieren zum ersten Mal wieder seit zwanzig Jahren drei Studenten aus einem Ostblockland in China, und zwar am Beijinger Spracheninstitut. Es handelt sich, vielleicht nicht zufällig, um Studenten der DDR, die aufgrund eines Austauschprogramms zwischen dem Spracheninstitut und der Humboldt-Universität entsandt worden sind. Angeblich gibt es seit Ende 1982 auch wieder chinesische Studenten in der DDR.

Weitere einzelne Maßnahmen zur Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen:

- Im Mai wurde eine Delegation der DDR-Freundschaftsgesellschaft mit allen Ehren in China empfangen.

- Am 23. Juni kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen beiden Regierungen über Zusammenarbeit im Post- und Fernmeldewesen und am 22. Juni wurde ein Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen den Journalisten-Verbänden beider Länder für den Zeitraum 1984 bis 1987 in Ostberlin unterzeichnet.

- Im März kam es zu Besprechungen über die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Fernsehgesellschaften beider Länder.

- Am 1. März nahm der stellvertretende Generalstabschef Xu Xin an einem Empfang der DDR-Botschaft anläßlich des 27. Jahrestags der NVA teil (48).

- Auch die Jubiläumsfeiern für Karl Marx brachten eine weitere Annäherung. U.a. wurde am 16. März ein gemeinsam von der DDR und der UdSSR hergestellter Fernsehfilm "Der junge Karl Marx" gezeigt. Am 11. März brachte Xinhua einen ausführlichen Bericht über die "Ausstellung der Werke von Karl Marx und ihre Verbreitung", die am 9. März in Ostberlin eröffnet worden war.

- Auch den Äußerungen von DDR-Politikern wird in China wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt. So wurde beispielsweise von Radio Beijing das Interview Honneckers mit der japanischen Zeitung "Nihon Keizai Shimbun" wiedergegeben.

- Im Mai 1983 schließlich besuchte der stellvertretende chinesische Außenminister Qian Qichen die DDR (und zwar nach Ungarn und Polen). Zweck dieser Reise sei es, die "Arbeit der chinesischen Botschaft in diesen drei Ländern zu inspizieren" und auch mit den Außenministern der drei Länder zusammenzutreffen (49).

## 6. Zusammenfassung

Die "diplomatische Offensive Chinas" in allen acht Ostblockstaaten ist ein Ereignis, das umso höher einzuschätzen ist, als zwischen China und diesen Staaten praktisch 15 Jahre lang "Funkstille" geherrscht hat, wenn man einmal von gelegentlichen Gratulationsritualen und gegenseitigen propagandistischen Angriffen absieht.

Es ist zu erwarten, daß der mit freundlichen Gesten eingeleitete Besuchsreigen schon bald durch Spitzenmitglieder der chinesischen Regierung fortgesetzt wird. Sollte es gar zur Wiederanknüpfung von Parteibeziehungen kommen, so könnte kein Geringerer als Hu Yaobang seinen Besuchen in Jugoslawien und Rumänien auch Visiten in den anderen Staaten anschließen. Allerdings dürfte die Sowjetunion hier noch ein Wort mitzureden wünschen: Es ist nicht anzunehmen, daß sie der Anknüpfung von KP/KP-Beziehungen tatenlos zusehen würde, solange sie selbst von diesem Prozeß ausgeschlossen - also demonstrativ "isoliert" - bliebe.

Dies weiß die chinesische Regierung. Sie dürfte daher, bevor sie so brisante politische Fragen wie die Wiederaufnahme der Parteibeziehungen ernsthaft aufgreift, zunächst den problemloseren Weg gehen und den Handelsaustausch mit den Ostblockländern verstärken. Erste Schritte auf diesem Weg sind gegenüber Ungarn und

Polen bereits getan. Die osteuropäischen Staaten werden freilich auch im Handelsbereich darauf zu achten haben, nicht zu weit vorzupreschen und so die Sowjetunion zu verärgern.

Der chinesischen Osteuropapolitik liegt ein altes und ein neues Element zugrunde, nämlich der seit langem verfochtene Antihegemonismus einerseits sowie der seit rund einem Jahr in allen außenpolitischen Erklärungen hervortretende Grundsatz von der "Unabhängigkeit" der Außenpolitik andererseits. Unabhängig in diesem Sinn soll nicht nur die chinesische, sondern auch die jeweilige Außenpolitik anderer Staaten, nicht zuletzt diejenige der Ostblockländer, sein. Innerhalb des Ostblocks kann die Unabhängigkeitsforderung sogar eine Art Nagelprobe erleben. Es ist ja ganz gewiß kein Zufall, daß Chinas wichtigste Forderung gegenüber den einzelnen kommunistischen Parteien darin besteht, daß diese "unabhängig" agieren und kein "Zentrum" innerhalb der kommunistischen Bewegung mehr anerkennen! Die neue Kommunistische Bewegung soll nur noch durch den gemeinsamen proletarischen Internationalismus, nicht aber mehr durch eine zentrale Führung bestimmt werden, möge diese nun COMINFORM, COMINTERN oder KPdSU heißen. Gleiches gilt auch für die Souveränität der einzelnen Staaten. Nach chinesischer Vorstellung werden die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die u.a. auch Einmischungsfreiheit postulieren, keineswegs durch den "proletarischen Internationalismus" (im Sinne etwa der "Breschnew-Doktrin") relativiert!

Hand in Hand mit den Bemühungen um ein besseres Verhältnis auf staatlicher und parteilicher Ebene bescheinigt China den osteuropäischen Ländern auch eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung. Vor allem Bulgarien, Ungarn, Polen, die CSSR und die DDR hätten im Verlauf des Jahres 1982 erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen (50). Erfolge dieser Art zeigten sich nicht nur in der Produktionssteigerung, sondern auch in der qualitativen Verbesserung der Produktionswege und nicht zuletzt in einem merklichen Abbau der Außenhandelsschulden.

Der Besuch Hu Yaobangs, Höhepunkt der derzeitigen "diplomatischen Offensive" Chinas im Ostblock, ist - von der strategischen Warte her gesehen - der zweite Anlauf Chinas seit dem Bruch der chinesisch-sowjetischen Beziehungen innerhalb des Ostblocks wie-

der Fuß zu fassen: Der erste fand 1978 statt, als Hua Guofeng (in Erwiderung des Tito-Besuchs von 1977) Jugoslawien und Rumänien besuchte. Die Idealziele Chinas liegen auf der Hand: Gelänge es in den anderen Staaten des Ostblocks ähnlich selbständige Partner zu finden wie derzeit in Rumänien und Jugoslawien, so könnte die chinesische "Doppelphilosophie" (Antihegemonismus und "Unabhängigkeit") Triumphe feiern. Es ist anzunehmen, daß Moskau hier nicht gern überrollt werden möchte. Viel wird daher von den chinesisch-sowjetischen Verhandlungen abhängen.

## Anmerkungen:

- 1) XNA, 14.6.83.
- 2) BRu 1983, Nr.18, S.13 ff.
- 3) BRu 1981, Nr.41, S.13 ff.
- 4) XNA, 6.5.83.
- 5) RMRB, 17.5.83.
- 6) Vgl. z.B. BRu 1982, Nr.10, S.9, 15.
- 7) XNA, 8.2.82.
- 8) XNA, 12. und 17.3.83.
- 9) XNA, 26.6.82.
- 10) BRu 1983, Nr.6, S.15.
- 11) XNA, 1.3.81.
- 12) BRu 1982, Nr.3, S.8.
- 13) XNA, 21.6.81.
- 14) XNA, 30.3.81.
- 15) XNA, 29.5.81.
- 16) XNA, 7.11.81.
- 17) BRu 1983, Nr.5, S.9.
- 18) Z.B. XNA, 27.11. und 19.12.81.
- 19) BRu 1981, Nr.46, S.13.
- 20) XNA, 12.5.83.
- 21) Z.B. BRu 1981, Nr.20, S.14.
- 22) Dazu RMRB, 25.11.80.
- 23) XNA, 15.11.82.
- 24) In Übersetzung abgedruckt in "Befreiung" 1980, Nr.17, 18, S.23 ff.
- 25) Vgl. dazu im einzelnen Weggel, "Albanien und China: Von den Flitterwochen zum grauen Alltag", C.a., Februar 1977, S.30-42, und Weggel, "Albanien und China: Das Ende einer seltsamen Verbindung?", C.a., August 1977, S.480-484.
- 26) XNA, 19.4.83.
- 27) XNA, 4.5.83.
- 28) XNA, 12.5.83.
- 29) Nach NZZ, 15.5.83.
- 30) So XNA, 28.6.81.
- 31) XNA, 28.11.81.
- 32) BRu 1982, Nr.26, S.8 f.
- 33) XNA, 21.12.82.
- 34) Ebenda.
- 35) Zit. in FAZ, 12.1.82.
- 36) XNA, 26.3.83.
- 37) XNA, 1.2.83.
- 38) Z.B. XNA, 4.2.82.
- 39) Der Autor verdankt diese Zahlen seinem Kollegen W.Bartke.
- 40) XNA, 1.3.82.
- 41) XNA, 1.3.82.

- 42) 20.2.83, in SWB, 21.4.83. \*  
 43) XNA, 16.9.82. \*  
 44) XNA, 6.10.82. \*  
 45) BRu 1983, Nr.21, S.14, 18. \*  
 46) Zu diesem Thema auch BRu \*  
 1983, Nr.15, S.12 f. \*  
 47) XNA, 4.12.82. \*  
 48) XNA, 1.3.83. \*  
 49) XNA, 4.5.83. \*  
 50) Im einzelnen dazu XNA, \*  
 22.12.82. PETER SCHIER

## Überblick über die

### 1. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses

\*  
 \*  
 \* \* \* \* \*

#### 0. Einleitung

Die 1. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses fand vom 6. bis 21. Juni 1983 in Beijing statt. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Wahl des Staatspräsidenten der Volksrepublik China (Li Xian-nian) und seines Stellvertreters (Ulanhu), die Ernennung von acht neuen Ministern und die Einrichtung des Ministeriums für Staatssicherheit. Den Schwerpunkt des Regierungsberichts von Ministerpräsident Zhao Ziyang bildeten wirtschaftliche Fragen (zu den wirtschaftlichen Ergebnissen der NVK-Tagung siehe das Thema von E. Louven in diesem Heft). Unmittelbar nach der 1. Tagung des VI. NVK trat dessen neugewählter Ständiger Ausschuß vom 23. bis 24. Juni zu seiner 1. Sitzung zusammen, um drei stellvertretende Generalsekretäre des Nationalen Volkskongresses und eine Reihe von Botschaftern zu ernennen.

Parallel zur NVK-Tagung fand die 1. Tagung des VI. Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) vom 4. bis 22. Juni 1983 statt. Rund 1.800 der insgesamt 2.039 Mitglieder des Nationalen PKCV-Komitees nahmen - wie üblich - "mit beratender Stimme" an den Plenarsitzungen des Nationalen Volkskongresses teil. Außerdem wählten sie die 79jährige Deng Yingchao zu ihrer neuen Vorsitzenden - die Witwe Zhou Enlais löst Deng Xiaoping in diesem höchsten Amt des Einheitsfront-"Parlaments" ab. Schließlich bestimmten die PKCV-Delegierten einen 297köpfigen Ständigen Ausschuß des Nationalen PKCV-Komitees mit Deng Yingchao und 29 stellvertretenden Vorsitzenden sowie einem Generalsekretär an der Spitze. 9 stellvertretende Generalsekretäre wurden auf der 1. Sitzung des Ständigen Aus-

schusses des VI. Nationalen Komitees der PKCV am 24. Juni ernannt.

#### 1. Zusammensetzung der Abgeordneten des VI. NVK

Nach dem Tod eines NVK-Abgeordneten aus der Provinz Henan gehören dem VI. Nationalen Volkskongreß insgesamt 2.977 Delegierte an. Sie waren im Frühjahr 1983 von den Volkskongressen der 29 Provinzen sowie je einer Vertreterversammlung der Armee und der in der Volksrepublik China lebenden Taiwaner gewählt worden. Damit gehören dem VI. Nationalen Volkskongreß 520 Abgeordnete weniger an als während der letzten Legislaturperiode des chinesischen "Parlaments". 76,5% der Abgeordneten des VI. NVK sind Neulinge - ein Zeichen für die großen politischen Veränderungen seit März 1978, als der V. NVK zum ersten Mal zusammentrat. Am größten sind die Veränderungen innerhalb der Fraktion der Chinesischen Volksbefreiungsarmee: Von den 267 Abgeordneten sind sogar 87,2% Neulinge. Außerdem wurde die Fraktionsstärke der VBA um 37,5% von 14,4% auf 9% aller NVK-Abgeordneten reduziert. Einen noch stärkeren Aderlaß mußte die Gruppe der "Arbeiter und Bauern" hinnehmen. Ihr Anteil sank um 43,8% von 47,3% auf 26,6% aller NVK-Delegierten. Mehr als verdoppeln konnten die Angehörigen der Demokratischen Parteien und parteilose "demokratische Persönlichkeiten" ihren Stimmenanteil im NVK: Ihre "Fraktionsstärke" stieg von 8,9% auf 18,2%. Der Anteil der Intellektuellen stieg von 15% auf 23,5%, und die Funktionäre steigerten ihren Anteil von 13,4 auf 21,4%. Obwohl der Anteil der KPCh-Mitglieder unter den NVK-Abgeordneten um 10% verringert wurde, beträgt er immer noch 62,5%.

#### 2. Tagesordnungspunkte und Beschlüsse

Auf der Tagesordnung der 1. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses standen insgesamt folgende Punkte:

- Eröffnungsrede von Peng Zhen.
- Regierungsbericht von Ministerpräsident Zhao Ziyang.
- Bericht des Vorsitzenden der Zentralen Planungskommission, Yao Yilin, über den Plan für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung i.J. 1983.
- Bericht von Finanzminister Wang Bingqian über den Staatshaushalt des Jahres 1982.
- Rechenschaftsbericht des Ständigen Ausschusses des V. NVK